



Zürich, 7. September 2023

Geschätzte Medienschaffende,

Wieso es Teuerungsausgleich und Realloohnerhöhungen braucht, wurde Ihnen vom SGB breit dargelegt. Unsere Mitglieder fordern mehr Lohn und sie haben die Ausreden von fehlendem Geld satt. Es zählt, was Ende Monat im Portemonnaie bleibt und das wird immer weniger.

Man sagt ja den Deutschschweizer:innen nach, dass sie gewerkschaftlich nicht so leicht zu bewegen seien. Wir haben andere Anzeichen.

Dübendorf

Erst vor wenigen Tagen haben 120 Angestellte der Gemeinde Dübendorf vor der Gemeinderatssitzung protestiert, darunter zahlreiche Mitarbeitende des Tiefbau, der Verwaltung, sowie Primarschule u.a. Hortmitarbeiterinnen und Reinigungskräfte.

70% der festangestellten Belegschaft hatten im Mai via Petition den vollen Teuerungsausgleich und ein faires Lohnsystem gefordert. Die Antwort des Stadtrats war in den Augen der Angestellten eher unbefriedigend. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb 150 Gemeinden im Kanton Zürich ihrem Personal per 1. Januar 2023 den vollen Teuerungsausgleich von 3.5% gewährt haben und Dübendorf nichts. Dübendorf quo vadis, fragen die Angestellten zu Recht.

Luzern

Es brodelt in Luzern. Die Kantonsangestellten stehen am Anfang einer Mobilisierung. Trotz Rekordüberschüssen des Kantons Luzern gab es im letzten Jahr eine Reallohnsenkung fürs Personal. Eine Reihe von Personalverbände und der VPOD Luzern haben letzte Woche eine Petition lanciert, die im Herbst übergeben wird, sicherlich nicht lautlos.

Bern

Nach 3 Jahren Reallohnverlust reichts jetzt sogar den Berner – ich wiederhole: sogar den Bernern! Im Frühling 23 präsentierte der Kanton eine Rechnung mit 358 Mio. Franken Überschuss. Dazu haben die Angestellten mit ihrer täglichen Arbeit in Schulen, Spitälern und Verwaltungen beigetragen. Zur Erinnerung: sie erhielten im Jahr 2022 0.5% Teuerungsausgleich bei einer Teuerung von fast 3%. Mit dieser Reallohnsenkung war Bern im Kantonsvergleich das Schlusslicht.

Die darauffolgende Petition des VPOD und anderer Personalverbände haben 16'000 Betroffene unterschrieben. Die Forderungen für 2024: ein Teuerungsausgleich von mindestens 3%. Dem Regierungsrat ist das Wohl seiner Angestellten egal, er ignorierte diese Forderungen. 2% Teuerungsausgleich ist alles, was er anbietet. Eigentlich eine Frechheit. Dafür gab es dann am 4.9.2023 für die Grossrät:innen erst einmal saure Äpfel vor dem Rathaus. Und das ist eigentlich noch eine nette Aktion angesichts des Reallohnverlusts, den unsere Mitglieder hinnehmen müssen. Bis zum endgültigen Entscheid im November (?) wird der VPOD Bern weiter mobilisieren.

Nahverkehr

Als ob Reallohnverluste und fehlender Teuerungsausgleich nicht genug wären, sehen sich die Kolleg:innen vom Nahverkehr, also den regionalen Bus- und Trambetrieben zusätzlich drohenden

Sparmassnahmen ausgesetzt. Der VPOD hat daher gemeinsam mit dem SEV und Syndicom vor einigen Tagen eine Petition lanciert, die den Bund auffordert, auf Sparmassnahmen zu verzichten.

Westschweiz

Nach sechs Streik- und Mobilisierungstagen wird der Kampf des öffentlichen und halböffentlichen Dienstes im Kanton Waadt im Herbst weitergehen, um bessere Löhne und Renten zu erreichen.

In Neuenburg rufen die Gewerkschaften für den 29. September zur Mobilisierung auf. Sie fordern einen Deckel für Mieten und Krankenkassenprämien. Zudem sollen die Löhne und Renten erhöht werden.

In den Kantonen Freiburg und Waadt ist die Kampagne für einen Mindestlohn in vollem Gange. Diese Initiativen sind von grosser Bedeutung, um die wachsende Prekarität und die Lohnungleichheit zu bekämpfen.

Der VPOD Freiburg wird nach der nationalen Demonstration am 16. September eine Petition lancieren. Der öffentliche und halböffentliche Dienst des Kantons Freiburg fordert die Erhöhung der Löhne und Renten um 5%. Eine kantonale Demonstration ist im November geplant.

Geschätzte Medienschaffende, wir merken im Umgang mit unseren Mitgliedern, dass die Sorge um die steigenden Preise und Lebenskosten zunimmt. Berechtigterweise. Diese Sorge geht durch alle Branchen, alle Betriebe, alle Einkommensstufen. Diese Sorge muss ernstgenommen werden und die Arbeitgeber müssen sich bewegen.

Kontakt: Natascha Wey, 076 386 82 80